

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Daniel Föst, Katja Suding, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Oliver Luksic, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Frank Sitta, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Wohnen im Alter

Durch den demographischen Wandel ändert sich unsere Gesellschaft massiv. Das führt unter anderem dazu, dass der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum in den nächsten Jahren drastisch steigen wird. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts werden fast 40 Prozent der Gesamtbevölkerung in 20 Jahren älter als 60 Jahre sein (<https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/#!y=2041&a=20,59&g>). Wohnen im Alter ist also mehr als ein baupolitisches Thema – es ist eine gesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung. Die Schaffung von ausreichend barrierefreiem oder barrierearmem Wohnraum ist somit nach Auffassung der Fragesteller ein dringend anzugehendes Problem. In ihrem aktuellen Koalitionsvertrag betonen CDU, CSU und SPD, dass ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen barrierearme und barrierefreie Wohnungen und ein Wohnumfeld benötigen, in dem sie möglichst lange selbstbestimmt leben können (S. 111). Klar ist aber auch, dass dieser Bedarf nicht nur durch Neubau gedeckt werden kann und zudem neben rein baulichen Voraussetzungen auch das Wohnumfeld stärker mitbedacht werden muss.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Projekte, Wettbewerbe und Anlauf- und Beratungsmöglichkeiten im Themenbereich „Wohnen im Alter“ wurden durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in welcher Höhe in den Jahren 2010 bis 2020 gefördert (bitte nach Projekt, Haushaltstitel, Bundesländern und Jahren auflisten)?
2. Welche Projekte, Wettbewerbe und Anlauf- und Beratungsmöglichkeiten im Themenbereich „Wohnen im Alter“ wurden durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) in welcher Höhe in den Jahren 2010 bis 2020 gefördert (bitte nach Projekt, Haushaltstitel, Bundesländern und Jahren auflisten)?
3. Wie bewertet die Bundesregierung die aufgelisteten Projekte (bitte jeweils begründen)?

4. Wurden abgeschlossene Pilotprojekte entsprechend evaluiert, und was sind die Erkenntnisse aus diesen Projekten?
5. Gibt es weitere vom Bund geförderte Projekte in den Jahren 2010 bis 2020 (Wettbewerbe, Modellprojekte, Beratungs- und Anlaufstellen), die in anderen Bundesministerien angesiedelt sind, und wenn ja, welche (bitte nach Projekt, Haushaltstitel, Bundesländern und Jahren auflisten)?
6. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in welchen Ressorts in welcher finanziellen Höhe geplant, um den wachsenden Bedarf an altersgerechtem Wohnraum zu erhöhen?
7. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum in den Jahren 2025, 2030, 2035 und 2040 laut Prognose?
8. Wie viel Prozent des Bedarfes sind bereits heute vorhanden?
9. Welche Maßnahmen und Anreize hat die Bundesregierung für die Zukunft geplant, um mehr Anreize zu schaffen, damit schneller, günstiger und mehr altersgerechter Wohnraum geschaffen wird?
 - a) Falls die Bundesregierung konkrete Maßnahmen geplant hat, warum hält sie diese für besonders geeignet, und wann werden diese beginnen?
 - b) Falls die Bundesregierung keine konkreten Maßnahmen geplant hat, warum nicht (bitte begründen)?
10. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung für die Zukunft geplant, damit ältere Menschen sowohl in ihrem gewohnten Umfeld (Quartier) als auch sozial integriert leben können?
11. Ist es aus Sicht der Bundesregierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mehr altersgerechten Wohnraum zu schaffen und muss der Bund in dieser Aufgabe eine aktive Rolle spielen, oder sieht die Bundesregierung dies primär als Aufgabe der Länder und Kommunen (bitte begründen)?

Berlin, den 21. Oktober 2020

Christian Lindner und Fraktion